

Das System der sozialen Sicherheit



Foto: Alex Brambell

Die gesetzliche Unfallversicherung erfüllt viele wichtige Aufgaben und hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts radikal gebessert haben.

Das Sozialstaatsprinzip

Heute leben wir in Deutschland in einem sozialen Bundesstaat, so heißt es in Artikel 20 unseres Grundgesetzes (GG). Daran wird sich auch nichts ändern, denn dieser Artikel ist besonders geschützt und darf – zumindest die Absätze 1 bis 3 – nicht verändert werden. Allerdings sind im Grundgesetz keine konkreten sozialen Rechte festgehalten, wie dies beispielsweise in der Weimarer Verfassung der Fall war. Daher bestimmt die Politik, wie konkret der Sozialstaat ausgestaltet wird. Das sogenannte Sozialstaatsprinzip bleibt dennoch eine unverrückbare Grundlage unserer Gesetzgebung.

Zu den zentralen Elementen des Sozialstaatsprinzips zählt, dass jede Person Mitglied in einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung, in der Pflegeversicherung, in der Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung werden kann und bei der Arbeit, in der Schule oder in der Kita einen umfassenden Unfallversicherungsschutz genießt. Das Solidaritätsprinzip – auch Solidarprinzip genannt – ist dabei die zentrale Grundlage in der

gesetzlichen Sozialversicherung. Es besagt, dass jede versicherte Person die Leistungen erhält, die sie auch benötigt. Der Leistungsanspruch richtet sich also nach der Bedürftigkeit und nicht nach dem individuellen Risiko der Versicherten.

Solidargemeinschaft: Einer für alle – alle für einen

Alle Versicherten bilden eine Solidargemeinschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren unterstützen. Das heißt: Wer höhere Einkommen bezieht, zahlt entsprechend höhere Beiträge als Personen mit niedrigem Einkommen. Zudem werden die Beiträge für die Sozialversicherungen von Angestellten und Arbeitgebern beziehungsweise Arbeitgeberinnen gemeinsam getragen. Lediglich die Beiträge zur Unfallversicherung übernehmen Letztere vollständig.

Wenn heute von der Sozialversicherung in Deutschland die Rede ist, dann steht meist die Entwicklung der Renten-, der Kranken- oder der Arbeitslosenversicherung im Mittelpunkt des Interesses. Auch die Ausgestaltung der Pflegeversicherung bietet vielfältigen Stoff für Diskussionen. Debatten um die gesetzliche Unfallversicherung findet man in der Öffentlichkeit vergleichsweise selten.



Foto: Fotolia/Ingo Wiederoder

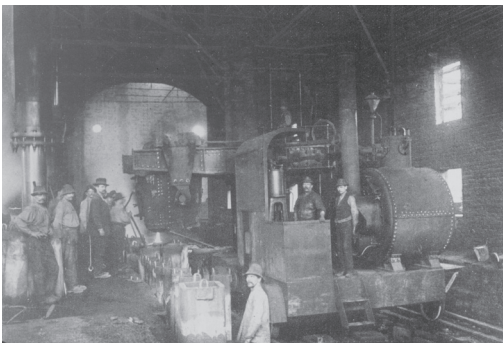
Das Sozialstaatsprinzip ist fest im Grundgesetz verankert.

Die industrielle Revolution

Nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 nahm die industrielle Revolution auch in Deutschland ihren Lauf. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Deutschland von einem Agrarstaat hin zu einer Industrialisation: Zwischen 1871 und 1914 versechsfachte sich die industrielle Produktion. Die Arbeits- und somit auch die Lebenswelt der Menschen wandelte sich radikal.

In den damals neu entstehenden Industriezentren gab es zwar jede Menge Arbeit, aber die Bedingungen waren für heutige Verhältnisse unvorstellbar: In Werkshallen, Fabriken und Bergwerken schufteten die Menschen im Akkord. Kinderarbeit war die Regel, nicht die Ausnahme. Sechs Tage die Woche, oft mehr als elf Stunden täglich und meist ohne Pause, wurde in dunklen, staubigen, lärmdurchflutenden Werkshallen oder unter Tage in Bergwerken geschuftet. Und das alles zu einem Hungerlohn.

Foto: DASA-Archiv, Dortmund



Durch den Einsatz der Dampfmaschine konnten mehr Güter maschinell produziert werden.

Ohne Arbeitsschutz

Arbeitsschutzmaßnahmen gab es damals nicht, daher verunglückten die Menschen sehr häufig. Doch wenn man nicht arbeiten konnte, dann wurde man auch nicht bezahlt oder man verlor gleich den Arbeitsplatz. In diesem Umfeld begannen die arbeitenden Menschen, sich in Vereinen, den Vorläufern der heutigen Gewerkschaften, zu organisieren und sich gegen die miserablen Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung zu wehren.

Foto: BG RCI



Geschichte der Sozialversicherung

Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck forderte am 17. November 1881 mit der „Kaiserlichen Botschaft“ den deutschen Reichstag auf, Gesetze zum Schutz der arbeitenden Menschen gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und zur Versorgung im Alter zu beschließen. Dieser Tag gilt als Geburtsstunde der deutschen Sozialversicherung. Bismarck wollte damit vor allem der aufkommenden Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen, die er als Bedrohung für das damalige deutsche Kaiserreich ansah.

Quelle: DGUV



„Mein Gedanke war, die arbeitende Klasse zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihrerwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“

Otto von Bismarck, Gesammelte Werke 1924-1935

Auszug aus der „Kaiserlichen Botschaft“, die Bismarck zur Eröffnung des 5. Deutschen Reichstags am 17. November 1881 im Königlichen Schloss zu Berlin verlas:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ... thun kund und fügen hiermit zu wissen:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen ...“



Kinderarbeit

Im 19. Jahrhundert nahm die Kinderarbeit im Zuge der Industrialisierung radikal zu. Kinder arbeiteten nicht nur als Hilfskräfte und Dienstboten, sondern wurden in großem Umfang auch als billige Arbeitskräfte in der Textilindustrie sowie in Minenbetrieben und Kohlegruben eingesetzt. Erst das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz verbot die Arbeit in gewerblichen Unternehmen für Kinder unter zwölf Jahren. Dieses erste deutsche Reichsgesetz zur Regelung der Kinderarbeit blieb bis 1939 gültig. Seit 1976 gilt das Jugendarbeitschutzgesetz.

Im 19. Jahrhundert hatten Kinder die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Erwachsenen zu ertragen, bei geringeren Verdienstmöglichkeiten. Auch Kinderarbeit in Bergwerken – wie auf dem Foto – und in Fabriken war selbstverständlich.

Gesetze zur Sozialversicherung

Bismarck erkannte, dass er den arbeitenden Menschen Zugeständnisse machen musste und entschied sich dafür, die Sozialversicherung mit drei verschiedenen Zweigen ins Leben zu rufen: Das Gesetz zur Krankenversicherung wurde 1883 verabschiedet. Das Unfallversicherungsgesetz folgte 1884, es war das erste seiner Art weltweit. 1889 konnte auch das Gesetz zur Invaliditäts- und Altersversicherung – aus der später die Rentenversicherung hervorging – verabschiedet werden und trat 1891 endlich in Kraft. Auch das Prinzip der Selbstverwaltung wurde von Bismarck damals eingeführt, das bei den Sozialversicherungsträgern bis heute Bestand hat.

Historisches Plakat
für den Arbeitsschutz



Die ersten Berufsgenossenschaften

1885 wurden die ersten Berufsgenossenschaften in Deutschland gegründet. Zunächst galt die Unfallversicherung aber nur für die Arbeit in „gefährlichen Betrieben“ wie Salinen, Werften, Fabriken, Berg- und Hüttenwerken. Nach und nach wurde der Versicherungsschutz auf weitere Bereiche ausgeweitet. Auch der Versicherungsschutz wurde erweitert um Berufskrankheiten und Wegeunfälle. Seit 1942 sind sämtliche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gesetzlich unfallversichert. Im Jahr 2007 wurde die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) zum Spitzenverband aller Berufsgenossenschaften und Unfallkassen. Die DGUV vertritt die gesetzliche Unfallversicherung gegenüber Politik und Sozialpartnern.

Impressum

DGUV Lernen und Gesundheit, Sicher auf dem Weg zur Schule, Juli 2017

Herausgeber: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Mittelstraße 51, 10117 Berlin

Redaktion: Andreas Baader, Sankt Augustin (verantwortlich), Karen Guckes-Kühl, Wiesbaden

Text: Michael Bornkessel, Köln, Dagmar Binder, Wiesbaden

Verlag: Universum Verlag GmbH, 65175 Wiesbaden, Telefon: 0611 9030-0, www.universum.de